# Zukunft der Renten – Diskussion in der SPD Bremen

**09/10/2012** von **Edgar Einemann**

Die Bremer SPD hat auf Basis eines klugen Papiers zur zukünftigen Rentenpolitik eine Fachtagung mit Gerhard Bäcker durchgeführt, der durch einen gut nachvollziehbaren Vortrag eine hervorragende Übersicht über die aktuellen (Streit-)Themen vermittelt hat.

Als Ergebnis auch der kritischen Diskussion kann das Ziel der Stärkung der Gesetzlichen Renten-Versicherung (GRV) festgehalten werden. Betriebsrenten sind als zusätzliche Leistungen (Aufstockung, Ergänzung) durch Arbeitgeber gut, nicht aber als tragendes Element für alle (u. a. kann es Probleme bei Pleiten oder Betriebswechseln geben, und viele Menschen werden hier eventuell nicht einbezogen). Die Riester-Rente wird als wenig hilfreich bewertet: Arno Gottschalk hatte Kritik aus Sicht des Verbraucherschutzes, Gerhard Bäcker zog ihre Abschaffung in Betracht und Ingo Nürnberger vom DGB war eher für Modifikationen.

Unstrittig war, dass ein lebenslanges Arbeiten zu einer Rente führen muss, die über der Grundversorgung für alle diejenigen liegt, die im Zweifel nie eigene Rentenansprüche erworben haben. Für gute Renten ist ein Leben mit guter und ordentlich bezahlter Arbeit zentral – geringfügige Beschäftigung und selbst ein Mindestlohn von 10 Euro führen in Zukunft zu (Renten-)Problemen. Insofern ist gehören die Tarifentwicklung und die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Rentendiskussion.

Das wird besonders klar beim Streitpunkt “Höhe des Rentenniveaus”. Man darf nicht vergessen: in der Zeit der Agenda 2010 drohte ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen, Deutschland war in Europa ein Defizit-Sünder mit anstehenden Strafverfahren der EU und der damalige Leiter des Berliner Spiegel-Büros, Gabor Steingart, schrieb das Buch “Deutschland – Abstieg eines Superstars”. Heute wird darüber geredet, dass es bei der Frage der Höhe des Rentenniveaus im Jahr 2030 um ein Volumen von 20-30 Milliarden Euro pro Jahr geht – hier ist eine weitere Klärung unter Berücksichtigung unterschiedlicher denkbarer Entwicklungen nötig. Wir leben in einer reichen Gesellschaft, insofern sollte man nicht vorschnell mit dem Argument “nicht finanzierbar” (nur wenig ist alternativlos) kommen.

Die Berücksichtigung der konkreten Lebenssituation von Menschen ist entscheidend, sonst werden politische Diskussionen abstrakt. Der Hinweis eines Kollegen von der IG Metall, bei entsprechenden Lohnsteigerungen sei den Arbeitern im Jahr 2030 auch ein Beitragssatz von möglicherweise 25% für eine sichere und ausreichende Rente erklärbar, weist in diese Richtung. Ein wichtiger Ansatz ist auch die in der SPD wohl unstrittige Flexibilisierung beim Übergang in die Rente.